Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 445 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gesundheitsfondsgesetz geändert wird

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss und der Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss haben sich in der Sitzung vom 18. Juni 2025 mit der Vorlage sowie dem Antrag der Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, Klubobfrau Mag.^a Berthold MBA und Heilig-Hofbauer BA MBA (Nr. 231 der Beilagen) betreffend Aufnahme von Vertreter:innen der Psychologie in die Organe des Salzburger Gesundheitsfonds befasst. Hinsichtlich der Darstellung der Beschlussfassung zum Antrag der GRÜNEN wird auf den [Bericht Nr. 534](#) der Beilagen verwiesen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf erklärt, dass für die Jahre 2024 bis 2028 ein neuer Finanzausgleich abgeschlossen worden sei. Davon betroffen seien auch zwei Art 15a B-VG-Vereinbarungen, die der Landtag ebenfalls bereits beschlossen habe. Aufgrund dieser Vereinbarungen seien nun weitere gesetzliche Anpassungen vorzunehmen. Im Begutachtungsverfahren habe es keine Einwände gegen das Gesetzesvorhaben gegeben, jedoch seien vom Bundeskanzleramt Vorschläge gekommen, die noch in die Gesetzesvorlage miteingeflossen seien. Ein Schwerpunkt des Gesetzesvorhabens liege auf dem vermehrten Einsatz von digitalen Mitteln. Weiters werde die festgelegte Dauer der Landes-Zielsteuerungsübereinkommen auf „mehrjährig“ geändert und ein Fokus auf Primärversorgungszentren gelegt. Das Gesetz enthalte unter anderem auch einige Klarstellungen sowie sprachliche Anpassungen. So werde zB die Bezeichnung „Rechtsträger-Finanzierungsanteile“ durch die Bezeichnung „Betriebsabgangsdeckungsmittel“ ersetzt. Überdies werde die Anzahl der Vertreter:innen in der Gesundheitsplattform angepasst. So solle eine effizientere Arbeit ermöglicht werden, mit möglichst schnellen Verfahren zur Entscheidungsfindung. Organisatorische Änderungen beträfen zB die Einführung eines Präsidiums als gemeinsames Organ von Gesundheitsplattform und Landeszielsteuerungskommission, um die Sitzungen vorzubereiten und dadurch deren Effizienz zu steigern. Die Mitgliederzahl der Gesundheitsplattform werde von 20 auf 22 Personen erhöht. Die für die Beschlussfähigkeit erforderliche Mindestanwesenheit in der Landeszielsteuerungskommission werde von drei auf vier Mitglieder je Kurie erhöht. Die grundlegenden Änderungen stellten eine Verbesserung für die Arbeitsabläufe und die Entscheidungsfindung dar. In einer weiteren Wortmeldung geht Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf auf den Antrag der GRÜNEN ein. Psychische Gesundheit und entsprechende Prävention seien wesentliche und wichtige Themen. Grundsätzlich sei die Zusammensetzung der Steuerungsgremien nicht nur landesgesetzlich determiniert, sondern beruhe auch auf bundesweiten Vorgaben und Art. 15-Vereinbarungen. Dies solle vergleichbare und einheitliche Vorgehensweisen in Österreich gewährleisten. Natürlich bestehe landesseitig ein kleiner Spielraum. Wie bereits ausgeführt, sei

es jedoch auch das Ziel, die Strukturen möglichst schlank und verwaltungsökonomisch zu führen. Daher sei die Aufnahme zusätzlicher Berufsgruppen eher kritisch zu betrachten. Es gebe neben den Psycholog:innen noch viele weitere Berufsgruppen, die dann auch berechtigterweise eine Beteiligung in den Gremien anstreben würden. Bei der vorliegenden Gesetzesänderung gehe es um krankenhausentlastende Maßnahmen sowie um eine Vereinheitlichung und Verbesserung der Qualitätskontrollen. In diesem sehr komplexen und breiten Bereich bringe dies zusätzliche Möglichkeiten, um bestmöglich steuernd und planend vorgehen zu können.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl betont, dass trotz Verschlankung und Effizienzsteigerung in den Gesundheitsgremien mit dem Antrag der GRÜNEN dennoch eine zusätzliche Vertretung der Psycholog:innen in der Salzburger Gesundheitsplattform und der Landes- Zielsteuerungskommission gefordert werde. Die SAGES-Gremien stellten die Weichen für die Salzburger Gesundheitspolitik. Die Oppositionsparteien hätten keinerlei Zugang zu Informationen über den Inhalt der Gremiensitzungen und auch keinerlei Möglichkeit, Ideen einzubringen. Dadurch werde in einer Zeit, in der sich die Gesundheitspolitik in einer Krise befinde, auf wichtige Inputs verzichtet. Der Antrag ziele darauf ab, dass 50 Jahre nach Einführung des biopsychosozialen Modells der Gesundheit durch die WHO dieses Modell auch von der Gesundheitsplattform und der Landeszielsteuerung ernst genommen werde und sämtliche Gesundheitsaspekte stärkeres Gewicht bekämen. Deshalb wolle man auch, dass psychologische Expertise in die Organe des Gesundheitsfonds eingebunden werde. Konkret fordere man, dass der Expertenkreis um eine Vertretung aus der Psychologie erweitert werde. Psychische Gesundheit werde immer wichtiger, dies habe man nicht zuletzt beim Tag der Jugend sehr stark gemerkt. Die jungen Menschen würden sich diesem Thema stellen und ihre psychische Gesundheit ernst nehmen. Im Großteil der Bevölkerung sei es jedoch noch ein Tabuthema. Menschen mit psychischen Erkrankungen würden immer noch diskriminiert und stigmatisiert. Ein Großteil der finanziellen Belastungen, die mit psychischen Erkrankungen einhergingen, müssten von den Betroffenen selbst getragen werden. Die Folgen dieser Entwicklung seien Scham und Abwehr bei den Betroffenen, was wiederum zu verzögerten Diagnosen führe und die Behandlung umso schwieriger mache. Dem könne unter anderem damit entgegengesteuert werden, dass der Aspekt der psychischen Gesundheit stärker in den Gremien berücksichtigt werde. Aus ihrer Erfahrung als früheres Mitglied dieser Gremien könne sie berichten, dass Projekte, bei denen es um Prävention und psychische Erkrankungen gehe, ohne Diskussion eingeführt, aber auch wieder abgedreht worden seien. Psychische Gesundheit und Prävention brauche jedoch Expertise und könne nicht einfach von anderen Disziplinen miterledigt werden. Aus ihrer Sicht werde psychische Gesundheit nicht ausreichend in den Gremien mitbedacht.

Abg. Mag. Eichinger ergänzt, dass der Großteil der Anpassungen, die auf den gesetzlichen Vorgaben des Bundes und den Art. 15a-Vereinbarungen beruhten, nachvollziehbar seien und man diesen zustimmen könne. Bei den Rückforderungen aufgrund fristwidriger Verwendung der Mittel stelle sich für ihn die Frage, was darunter konkret zu verstehen sei bzw. welche Anlassfälle es dazu gebe. Die Forderung der GRÜNEN hinsichtlich der Erweiterung der Gremien durch eine Vertretung aus der Psychologie habe durchaus ihre Berechtigung. Vor allem bei der Gesundheitsplattform sehe man die Notwendigkeit, auch die psychische Gesundheit

abzubilden. Inwieweit die Einbindung in die Landes-Zielsteuerungskommission notwendig sei, müsste noch erklärt werden.

Abg. Rieder führt aus, dass die Digitalisierung des Gesundheitswesens ein zentrales Thema der Novelle sei. Damit werde das Ziel „digital vor ambulant und ambulant vor stationär“ weiterverfolgt. Es handle sich um eine sinnvolle Anpassung, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Man werde der Vorlage zustimmen. Zum Antrag der GRÜNEN erklärt Abg. Rieder, dass die psychologische Expertise im Salzburger Gesundheitssystem bereits in vielfacher Hinsicht fest verankert sei. Zahlreiche Projekte im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention griffen bereits auf psychologisches Fachwissen zurück. Viele Programme würden vom Gesundheitsfonds finanziert und zeigten, dass psychologische Inhalte aktiv gefördert würden. Die Gesundheitsplattform sei nicht als standespolitisches Forum gedacht, sondern als Steuerungsorgan für das gesamte Gesundheitssystem. Aus Sicht der FPÖ sei die psychische Gesundheit bereits ein fester Bestandteil der gesundheitspolitischen Agenden des Landes. Man werde dem Antrag nicht zustimmen.

Abg. Thöny MBA bestätigt, dass die Vorlage einige sehr gute Verbesserungen mit sich bringe. Dem Antrag der GRÜNEN könne sie ebenfalls Vieles abgewinnen. Bei Psychologinnen und Psychologen handle es sich um eine wichtige Berufsgruppe, die vertreten sein solle. Abg. Thöny MBA verweist auf die Aussagen von Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl, wonach diese im Rahmen ihrer zehnjährigen Tätigkeit als Mitglied der Landes-Zielsteuerungskommission die Erfahrung gemacht habe, dass Fragen der psychischen Gesundheit dort nicht ausreichend berücksichtigt würden. Sie sei verwundert darüber, dass dieser logische Schritt der Aufnahme einer Psychologin oder eines Psychologen nicht bereits früher diskutiert worden sei.

Mag. Lutzenberger MBA MSc (Salzburger Gesundheitsfonds) repliziert auf die Frage nach fristwidrigen Mittelverwendungen, dass es sich hierbei um eine juristische Verschärfung zur Sicherstellung der fristgerechten Verwendung von Fördergeldern handle. In den Gremien gebe es bereits ein Sprachrohr der Gesundheitsberufe. Nehme man nun eine Gesundheitsberufsgruppe auf, müsste man streng genommen alle anderen auch hineinnehmen. Dies würde zu einer Verdoppelung der Mitgliederzahl führen. Generell sei die psychische Versorgung bundesweit ein großes Thema, für das massiv Zusatzmittel zur Verfügung gestellt würden. In Salzburg gebe es ebenfalls hohe Investitionen in diesem Bereich. Ein Drittel der Mittel aus dem Fördertopf des SAGES seien für psychiatrische bzw. psychische Betreuungsfelder vorgesehen. Hier sei die psychiatrische Klinik maßgeblich, sprich Kinder- und Jugendpsychiatrie, Erwachsenenpsychiatrie und Gerontopsychiatrie. Die klinische Psychologie sei ein Teil der Psychiatrie. Hier könne man schon davon ausgehen, dass diese Berufsfelder sich absprechen. Angesprochen worden sei auch, dass es keine Informationen darüber gebe, was in den Gremien diskutiert werde und wann Sitzungen stattfänden. Hierzu sei zu sagen, dass auf der Homepage des SAGES bzw. in dessen Geschäftsbericht die Beschlüsse sowie alle Termine öffentlich einsehbar seien.

In der Spezialdebatte kommen die Ausschussmitglieder überein, die Ziffern der Regierungsvorlage geblockt abzustimmen. Zu den Ziffern 1. bis 28. meldet sich niemand zu Wort und werden diese einstimmig angenommen.

Die Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Gesundheitsfondsgesetz geändert wird, wird einstimmig angenommen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt einstimmig den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Nr. 445 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 18. Juni 2025

Der Vorsitzende:

Schernthaler MIM eh.

Die Berichterstatterin:

Dr.ⁱⁿ Pallauf eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 2. Juli 2025:

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.